

Die große Wende im Naturschutz

Hubert Weinzierl

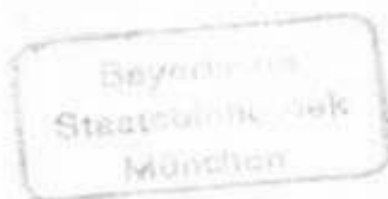
Präsidialmitglied
im Deutschen Naturschutzring e.V.



(1970)

BLV
MÜNCHEN
BASEL
WIEN

P 771 3647



Alle Rechte der Verbreitung einschließlich Film,
Funk und Fernsehen sowie der Fotokopie
und des auszugsweisen Nachdrucks vorbehalten
© 1970 BLV Verlagsgesellschaft mbH, München
Umschlagentwurf: Franz Wöllzenmüller
Gesamtherstellung: Druckerei Ludwig Auer, Donauwörth
Printed in Germany · ISBN 3 405 10998 1

Inhaltsverzeichnis

Die große Wende	7
Die Belastbarkeit der Biosphäre neigt sich dem Ende entgegen	11
Frischluft gegen Bargeld	14
Was kommt nach dem DDT?	17
Wir ersticken im Müll	21
Jährlich stirbt eine Tierart aus	24
Die unbewährte Großstadt	29
Wie soll das weitergehen?	34
Keine Formel gegen den Landschwund	41
Die drei Landschaftsformen der Zukunft	45
Freiheit für die Freizeit	48
Die Erholungslandschaft muß gestaltet werden	50
Ein neuer Eigentumsbegriff entsteht	54
Niemand will die Zukunft wahrhaben!	59
Die dunkle Stunde der Kultusminister	63
Wer soll das bezahlen?	67
Was Politiker vom Naturschutz halten	71
Konkrete Forderungen des Deutschen Naturschutzringes	80
Das »Grüne Programm für Bayern«	82
Die Europäische Umwelt-Deklaration	94
Naturschutz als Gesellschaftspolitik	99
Gemeinsinn statt Resignation	102
Unsere Umwelt im Zahlenbeispiel	104

Die große Wende

Mit zwei Hoffnungen haben wir Naturschützer das erste der siebziger Jahre begonnen:

Zum erstenmal in der Geschichte haben sich in der Sorge um den Fortbestand lebenswürdiger Umweltverhältnisse selbst Gremien wie die UNO, UNESCO oder NATO um den Naturschutz gekümmert.

Zu den wichtigsten Ereignissen des Jahres 1969 ist sicher der einstimmige Beschluß der 18 Staaten des Europarates, das Jahr 1970 zum Europäischen Naturschutzjahr zu erklären, ferner die erstmalige Aufnahme des Naturschutzgedankens in der Regierungserklärung unserer Bundesregierung zu rechnen.

Erstmals in der Geschichte der Menschheit wird also in Europa ein »Naturschutzjahr« abgehalten, um der gesamten Bevölkerung einmal, sozusagen fünf Minuten vor zwölf, die gefährlich gewordene Situation des Menschen in seiner Umwelt aufzuzeigen und zu demonstrieren, daß die Belastbarkeit der Biosphäre längst die tragbaren Grenzen erreicht hat; der Lebensraum des Menschen ruft also nach raschen, ausreichenden Schutzmaßnahmen! Raumordnung und Landespflege müssen die Agrarlandschaften, die Wohnbereiche, die Industriebereiche, den Wald, die wenigen, verbliebenen naturnahen Räume und die Erholungslandschaften sinnvoll aufeinander abstimmen, um einen menschenwürdigen Lebensraum für die Zukunft zu bewahren. Und das »Europäische Naturschutzjahr 1970« soll nach den Vorstellungen des Europarates dafür »eine neue Basis schaffen, von der aus die Einflüsse des technischen Fortschrittes, der Bevölkerungsentwicklung und einer veränderten Gesellschaftsordnung auf die Landschaft beurteilt werden können«.

Wird also das Jahr 1970 die große Wende, das große Umdenken bringen, wird es der Markstein für die Fortentwicklung unseres Lebensraumes werden? Dies ist eine bange Frage, die wir aber allen Anzeichen nach als Hoffnung hegen dürfen.

So sprach beispielsweise auch die am Broadway in New York erscheinende Zeitschrift »Aufbau« in ihrer Neujaahrsnummer 1970 von einem »Silberstreifen«, einem wichtigen Punkt auf der Plusseite der Bilanz des vergangenen Jahrzehnts«, da zum ersten Mal

die Alarmrufe einiger Naturfreunde auf breiter Front aufgenommen wurden und sich Regierende und Regierte darum sorgen, den nachfolgenden Generationen keine vergiftete Hölle zu hinterlassen . . . Der Kampf um die Erhaltung unseres elementaren Lebensraumes, schreibt das Blatt, sei vermutlich die Hauptaufgabe des kommenden Jahrzehntes!

Eine weitere, hoffnungsvolle Stimme brachte am ersten Werktag des Jahres 1970 der Bayerische Rundfunk, als sein Kommentator Josef Othmar Zöller sagte:

»Es ist erstaunlich, daß sich in unserer doch so aufgeklärten Gesellschaft noch kein kritisches Bewußtsein über die eminente Gefährdung unseres Lebensraumes gebildet hat. Ehe die Politiker die drängende Not zur Bildungs- und Hochschulreform wirklich erkannt hatten, mußten Studenten auf die Barrikaden und auf die Straßen. Was muß aber geschehen, bis der Politik und Gesellschaft die Not zur Umweltsicherung bewußt wird?

Naturschutz — Naturschutzjahr, das klingt heute noch so niedlich wie der Schutz der blauen Blume der Romantik, das klingt andererseits, denkt man an die praktizierten Einspruchsrechte unserer Naturschützer gegen den Bau von Bergbahnen z. B., nach Fortschrittsbremse, das riecht nach arg konservativer Lederhosen-Mentalität. Trügen jedoch nicht alle Zeichen, dann werden sich die deutschen und vorab die bayerischen Naturschützer in diesem Jahr in ganz anderen Formen präsentieren, in einer Art auch, die manch einem Politiker unheimlich werden könnte. In Wahljahren zumal können solch außerparlamentarische Aktionen — APA also statt APO — überraschende Wirkungen erzielen. So scheint der Deutsche Naturschutzring und der Bund Naturschutz in Bayern auf eine recht drastische Art sich der Gesellschaftspolitik zu bedienen, ja Naturschutz als Gesellschaftspolitik zu verstehen.

Plötzlich sind es nicht mehr die armen Vöglein und die armen Blümlein, die zu schützen sind — es ist des Menschen existenznotwendige Umwelt, die es zu sichern gilt, es ist auch die in diesen 70er Jahren immer notwendiger werdende Erholungslandschaft, die es zu sichern gilt vor dem unbarmherzigen Zugriff Weniger.«

Damit sind wir auf jene zweite Erkenntnis gekommen, die uns zur neuen Hoffnung berechtigt; sie erscheint mir für die Naturschutzbewegung selbst existenzbedeutend zu sein:

Nämlich, daß es uns gelungen ist, den Begriff »Naturschutz« seiner veralteten Vorstellung vom Blumenschützen und »konservativem Hemmschuh für den Fortschritt der Technik Sein« zu entrümpeln und der Öffentlichkeit klar zu machen, daß Naturschutz heute nichts anderes als »Lebensschutz« schlechthin bedeutet. Als ich vor einiger Zeit gefordert hatte, daß der Begriff »Naturschutz« umfunktioniert werden muß, bis er von jedem Mitbürger als notwendige Realität begriffen wird, bin ich von einigen Leuten empört zurechtgewiesen worden; heute glaube ich, daß wir es nicht mehr nötig haben, nach einem neuen Begriff Ausschau zu halten, weil wir, verglichen mit dem mitleidigen Lächeln, das wir noch in den fünfziger Jahren geerntet haben, heute längst *ernstgenommen* werden; dies ist der zweite hoffnungsvolle Lichtblick, dem wir indes sogleich die bange Frage anknüpfen: Wird die Bilanz trotz aller unserer Bemühungen gegenüber den Einbrüchen in das Gefüge der Umwelt weiterhin negativ bleiben? So dies der Fall wäre, könnten wir allenfalls die Liquidität hinausstrecken helfen, die Bankrotterklärung unserer Heimatnatur jedoch wäre unumgänglich! Daß solche Sorgen nicht grundlos sind, mögen die nachfolgenden Schlaglichter aufzeigen.



Die Belastbarkeit der Biosphäre neigt sich dem Ende entgegen

Mit dieser These ist die Allgemeinheit in der vergangenen Zeit so oft über die Massenmedien, vorab in dankenswerter Weise über das Fernsehen konfrontiert worden, so daß wir hier nicht noch einmal aufzeigen wollen, warum die Belastung des Wasserhaushaltes die tragbaren Grenzen überschritten hat, oder daß die Abwasserbeseitigung in unserem hochentwickelten Lande ungenügend ist und die Gewässerverseuchung voranschreitet, daß unsere Luft mit Staub und Abgasen übersättigt ist und zu der Vergiftung der Umwelt durch Pestizide noch die Müll-Lawine hinzukommt, die unsere Landschaft überflutet. Gottlob sind diese Tatsachen schon zum Allgemeingut geworden, wenngleich wir noch immer im rechten Maße die Konsequenzen vermissen! Hier sollen demnach nur einige Beispiele aufgezeigt werden.

Müssen im Rhein Fische leben?

Aus dem Bericht der Bundesregierung »Zur Belastung der Landschaft« aus dem Jahre 1970 wissen wir, daß sich der Wasserbedarf in den nächsten drei Jahrzehnten verdoppeln wird, daß die Trinkwasserreserven indes ebenso begrenzt sind wie die Vorräte an Brauchwasser oder an Erholungsgewässern; dem gegenüber wird eine *Verunreinigung des Grund- und Oberflächenwassers*, insbesondere durch *ungereinigte Abwässer* (von den täglich 14 Millionen cbm gemeindlicher Abwässer in der Bundesrepublik werden nur 23% vollbiologisch, 11% teilbiologisch und der Rest nur unzureichend oder gar nicht gereinigt; hinzukommen täglich 20 Millionen cbm Industrieabwässer, von denen mindestens ein Viertel noch unzureichend gereinigt werden!) oder *Abfallstoffe* (aus den etwa 30 Millionen cbm Hausmüll allein können beispielsweise 200 000 Tonnen Salze ausgelaugt werden!), ferner durch *Düngung*, Erosion, durch *Mineralölprodukte* oder *Pestizide* stehen. Allein den Verlust an Mineralölprodukten (man denke nur an die Millionen im Boden lagernder Öltanks!) schätzt man jährlich auf fast 40 000 Ton-

nen, wobei die Gefährdung des Grundwassers nach dem bekannten Verhältnis von 1 : 1 000 000 sehr leicht zu errechnen ist! Das Schlagwort von den zu »Abwasserkloaken« degradierten Bächen, Flüssen und Seen unserer Heimat ist bereits abgedroschen und obwohl kaum jemals mehr über Hygiene gesprochen wurde als heutzutage, wird unser Wasser immer dreckiger, leiten wir immer größer werdende Abwassermengen unbekümmert in das eigene Lebenselement und wundern uns vielleicht noch, warum mancher ehemals fischreiche Bach längst von Fischen ausgestorben ist und eine klare Waldquelle, aus der wir sorglos Wasser trinken könnten, zum seltensten Erlebnis wird!

So war denn auch das Fazit, das die Bundesgesundheitsministerin aus dem Europäischen Abwasser-Symposium 1969 in München zog, ein »trübes« im wahren Sinne: Nämlich, daß heute mehr Abwasser ungenügend gereinigt oder ungereinigt in die Gewässer geleitet werden als im Jahre 1957 und daß allen Anstrengungen zum Trotz die Gewässerreinigung nicht Schritt halten kann mit dem beängstigenden Anwachsen der Bevölkerungsdichte und der industriellen Expansion! Wenigstens 35 Milliarden D-Mark fehlen, um die Verseuchung der Gewässer wieder in Griff zu bekommen, um Bäche, Flüsse und Seen zu sanieren! Von der weltweiten Gewässerverschmutzung sind selbstverständlich auch die Weltmeere nicht verschont geblieben; so ist beispielsweise Anfang 1970 ein schwedischer »Schmutzreport« veröffentlicht worden, der das biologische Sterben der krank gewordenen Ostsee in erschütternden, nüchternen Zahlen bekannt gibt.

Nun kennen wir zwar alle Grenzwerte, bei denen das Fortbestehen des tierischen oder pflanzlichen Lebens im Wasser, beispielsweise durch Pestizide gefährdet ist. Was aber geschieht, wenn dennoch eine *Pestizide-Katastrophe wie jene am Rhein vom 24. Juni 1969* passiert, die wohl erstmals in der Geschichte die breiteste Öffentlichkeit aufgerüttelt hat: Sofort nach Bekanntwerden dieser Giftkatastrophe hat der Deutsche Naturschutzring e. V. als Dachorganisation aller einschlägigen einhundert Verbände in der Bundesrepublik mit über 2 Millionen Mitgliedern Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft in Koblenz gestellt und seither viele Schriftsätze mit dem Bundesgesundheitsministerium und den zuständigen Länderministern in Düsseldorf und Mainz gewechselt; Professor Dr.

Bernhard Grzimek hat ergänzend hierzu Geldprämien für die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Das Ergebnis, von dem ich Sie resigniert informieren möchte ist, daß man den Täter niemals ermitteln wird, daß das Fischsterben vom 24. Juni 1969 am Rhein ebenso ungeklärt bleiben wird wie hunderte ähnlicher Vorfälle vor und nach ihm und daß sich die Katastrophe täglich wiederholen kann! In seinem offiziellen Schlußbericht vom 31. Oktober 1969 teilte der zuständige Rheinland-Pfälzische Minister dem Deutschen Naturschutzring mit:

»Die Aussichten, das seinerzeitige Fischsterben aufzuklären, schwinden in zunehmendem Maße. Ich habe der Staatsanwaltschaft Koblenz jede Unterstützung gegeben, um Hinweisen aus der Bevölkerung sofort nachgehen zu können. So habe ich aufgrund einer anonymen Anzeige eines holländischen Matrosen veranlaßt, daß Tauchergruppen der Bereitschaftspolizei Rheinland-Pfalz, ein Spezial-Metallsuchboot der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes, Sonderführer des Innenministeriums, sowie Chemiker und Biologen des Landesamtes für Gewässerkunde nach möglicherweise im Rhein versenkten Fässern suchten.

Noch vielen anderen Hinweisen wurde nachgegangen, jedoch leider ohne ein den Fall aufklärendes Ergebnis . . .«

So wird also niemals mehr Licht in das Dunkel jenes weltweit bekannt gewordenen Fischsterbens gebracht werden; ist dies nicht geradezu symptomatisch für die Ohnmacht der Menschheit, die zwar in der Lage ist, auf den Mond zu fahren, jedoch eines Täters nicht habhaft werden kann, der Milliarden von Lebewesen tötet und einen ganzen Strom zum toten Abwassergerinne degradiert hat?

Nun möchte ich Ihnen aber am Ende dieses Berichtes die Äußerung eines für die Wirtschaft eines Landes zuständigen sehr hohen politischen Beamten nicht vorenthalten, sozusagen als Beispiel dafür, daß es, um mit B. Brecht zu sprechen, »zwar anders ginge, aber so gehe es auch«, der also meinte: »Wo steht denn geschrieben, daß im Rhein Fische leben müssen . . .«

Frischlufte gegen Bargeld

Vor mehr als 3000 Jahren hat ein ägyptischer Steuerfachmann die Idee gehabt, man müsse zur Füllung der Staatskasse einfach die Atemluft verkaufen! Heute, im Jahre 1970, können Sie sich tatsächlich Frischluft aus dem Sauerstoffautomaten kaufen, nämlich in Tokio, wo man sich wegen der akuten Smoggefahr zu solchen Einrichtungen entschließen mußte, damit die Bürger solcher industriellen Ballungszentren nicht im Abgas der Schornsteine und Autos erstickten; daß dieses Beispiel nicht isoliert dasteht, haben übrigens die hervorragenden Fotos der Apollosatelliten gezeigt, die uns jene gewaltigen Dunstglocken über den Großstädten präsentiert haben!

Unlängst hat sich die Nato mit einem Plan gegen die zunehmende Verschmutzung der Luft befaßt und in einem Protokoll des US-Kongresses sagt der international anerkannte Biologe Paul Ehrlich von der Stanford-Universität in Kalifornien für 1975 200 000 Tote durch Luftverunreinigung voraus.

Am 13. Dezember 1969 haben die deutschen Tageszeitungen für das Ruhrgebiet (im Ruhrgebiet bewirkt übrigens die durch Luftverunreinigung entstandene Dunstglocke einen Lichtverlust an Globalstrahlung von bereits 30%!) »in den nächsten Tagen bei anhaltend windstillem Wetter Warnstufe 1 für den Smog-Alarm« angekündigt; wie sieht es also in der BRD mit dem im Wahlkampf oft strapazierten »blauen Himmel über den Städten« aus?

Auch hierüber gibt der »Bericht zur Belastung der Landschaft« der Bundesregierung erschöpfende und beängstigende Auskünfte: Über 300 chemische Verbindungen und physikalische Stoffe, die von Industriebetrieben, Verkehrsmitteln und Haushaltsschornsteinen als Emissionen ausgestoßen werden, schädigen Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden und Materialien; insbesondere verpesten alljährlich zweieinhalb Millionen Tonnen Staub, fünf Millionen Tonnen Schwefeldioxyd und über sechs Millionen Tonnen Kohlenmonoxyd unsere Atemluft. Zunehmende Industrialisierung, steigende Verwendung von Heizölen und wachsende Verkehrsdichte vergrößern die Gefahr der Luftverschmutzung tagtäglich, schon heute sterben als dessen Folge — um nur ein Beispiel zu nennen — zehntausende von Hektar Wald in den Industriegebieten ab!



Gewiß kennt man heute genaueste Grenzwerte der zulässigen Luftverunreinigung und in neuangelegten Industriezentren, wie beispielsweise im Ingolstädter Erdölraffineriezentrum, sind die modernsten Meßstationen und Luftreinhaltesysteme eingerichtet worden. In den Ballungsgebieten aber erschweren die Vielzahl der Komponenten und die unvorhersehbare Kombinationsmöglichkeit von luftverpestenden Stoffen den Kampf gegen diese schleichende Gefahr. Als Gegenmaßnahmen sind zu fordern die schnellstmögliche Verwendung der höchstwirksamen technischen Mittel zur Filterung von Abgas (auch in den Autos, wie dies heute bereits in manchen Staaten obligatorisch ist) und Staub, eine sinnvolle Standortwahl für neue Industriebetriebe im Sinne einer echten, verbindlichen

Raumordnung und nicht zuletzt die Schaffung bewährter und höchst wirksamer Grüngürtel zur Absorbierung von Staub und Lärm.

In einem ausführlichen Schreiben an den Bund Naturschutz in Bayern legte Ende 1969 im Zusammenhang mit dem Europäischen Naturschutzjahr 1970 Frau Bundesgesundheitsminister Käte Strobel ihre Vorstellungen zur Luftreinhaltung, Wasserreinhaltung und Lärmbekämpfung u. a. wie folgt dar (heute gehört dieses Ressort dem Bundesinnenminister!):

- »Stand und Entwicklung der Luftverunreinigung müssen laufend beobachtet und überwacht werden;
- die medizinisch-biologischen Erkenntnisse über die Wirkung der luftverunreinigenden Stoffe und des Lärms müssen vertieft werden;
- die Entwicklung technischer Mittel zur Reinhaltung der Luft und zur Minderung des Lärms an der Quelle bedürfen der Förderung;
- durch eine fortschrittliche Gesetzgebung ist unter Abwägung der berechtigten Interessen sicherzustellen, daß die technischen Möglichkeiten genutzt werden, um die Entstehung von Luftverunreinigungen und von Lärm möglichst zu verhindern oder weitgehend zu beschränken.«

Was kommt nach dem DDT?

Seit der apokalyptischen Warnung R. Carson's vor einem »Stummen Frühling« ist die Menschheit hellhörig geworden gegenüber der schleichenden Gefährdung unserer Umwelt und der natürlichen Hilfsquellen durch alle jene Giftstoffe, die wir in Form von etwa zweitausend wohlklingenden Mitteln heute am Markt erhalten: Insektizide gegen Insekten, Fungizide gegen Pilze, Nematizide und Molluskizide gegen Nematoden und Schnecken, Rodentizide gegen Nagetiere, Herbizide gegen Unkräuter, dazu vielleicht Mittel zum Schutz der Saaten, gegen Vorratsschädlinge, gegen Wildschäden, zur Förderung oder Hemmung des Pflanzenwuchses.

Hier sei nur das Beispiel des DDT kurz angesprochen, um dessen Verbot in den vergangenen Jahren heiß debattiert wurde: Nachdem Schweden, Dänemark, Ungarn, Australien und einige Staaten der USA vorausgegangen waren, hat bekanntlich Ende 1969 auch die Bundesregierung das DDT am 18. Dezember 1969 und mit ihm ähnlich persistente Präparate als Pflanzenschutzmittel kurzerhand verboten und die Neuzulassung ähnlicher Präparate (wie Aldrin oder Dieldrin usf.) abgelehnt; eine wahrlich mutige Tat des neuen Bundeslandwirtschaftsministers Josef Ertl! Dennoch mangelt diesem ersten Schritt m. E. folgende Konsequenz: Warum läßt man die Verordnung nicht schon 1970, sondern erst 1971 in Kraft treten? Und warum beinhaltet sie nicht auch die vielen im Haushalt und Kleingärten gebräuchlichen Giftsprays, mit denen jeder Laie weiterherumhantieren darf?

Als wir Naturschützer vor Jahren schon ähnliche Forderungen stellten, hat man uns verantwortungslose und weltfremde Schwärmer genannt und das Gespenst des Hungers in der Welt zu Hilfe gerufen, ja selbst Prozesse wegen Geschäftsschädigung mußten wir führen; dabei haben wir nur auf die schlichten Tatsachen hingewiesen, die damals noch recht unbequem klangen: Nachgewiesene Katastrophen an Fischen und Wildtieren in den Vereinigten Staaten, Gefährdung vieler Greifvögel durch DDT-Gifte und erhöhte Sterblichkeit deren Jungvögel, vor allem bei den im Aussterben begriffenen Seeadlern und Wanderfalken. Hinzu kamen die alarmierenden Feststellungen russischer und amerikanischer Forscher über die welt-

weite Verbreitung von DDT, das sich heute in den Fettgeweben von Ozeanfischen ebenso angehäuft findet wie im Fleische der arktischen Pinguine oder bei den Nilkrokodilen und in der Luft; besonders gefährlich dabei ist, daß DDT im tierischen Fettgewebe gespeichert und normalerweise nie mehr abgebaut wird, so daß es zu gefährlichen Giftkonzentrationen kommt. Wird aber bei Krankheitsperioden das Fett abgebaut, so kommt das angehäuften DDT in den Kreislauf und kann dort schwerste Schäden verursachen.

Seit Kriegsende sind nach Feststellungen der Forscher auf der Erde über 20 Millionen Zentner DDT als Insektengift versprüht worden. Im Laufe dieses Vierteljahrhunderts hat sich jedoch die Ansicht der Wissenschaft über Bedeutung und Wirkung dieses Mittels grundlegend geändert. Man weiß heute, daß nicht nur an die 150 Insektenarten gegen das Gift bereits immun geworden sind, sondern auch, daß gerade DDT über die verschiedenen Nahrungsketten hinweg voll wirksam bleibt und darüberhinaus einen sehr gefährlichen Giftstau bei Mensch und zahlreichen Tierarten bewirkt. Man weiß heute auch, daß DDT und verwandte Gifte in vielen Fällen erst nach Jahrzehnten abgebaut werden und daß DDT außerdem von der Mutter während der Schwangerschaft und danach mit der Muttermilch auf das Kind weitergegeben wird. Jeder Europäer hat bekanntlich im Durchschnitt 2 Milligramm DDT je Kilo Gewicht in sich; um eine Katze zu töten, sind 150 Milligramm nötig . . .

Warum denn die ganze Story vom DDT nochmals aufwärmen, könnte man fragen, wo es doch jetzt bei uns bald verboten wird? Aber gerade in dem »bei uns« liegt wiederum die Misere, denn geschickte Manager werden es verstehen, das Gift in Länder zu exportieren, wo es eben noch nicht verboten ist (Entwicklungsländer haben beispielsweise oft noch andere Sorgen; aber auch Polen hat beispielsweise 1966 siebenmal soviel DDT verspritzt als die Bundesrepublik!) und so wird das Gift mit den importierten Nahrungsmitteln, wie Obst, Geflügel, Gemüse und Südfrüchten zu uns zurückgelangen. Deshalb sind viele Anliegen des Naturschutzes heute nur im internationalen Zusammenwirken zu lösen, denn natürliche Vorgänge machen bekanntlich nicht an zufälligen politischen Grenzen Halt!

Zu Recht hat somit Ende 1969 in Neu Dehli die Internationale Union zur Erhaltung der Natur (IUCN) auf ihrer jüngsten Gene-



ralversammlung ein *internationales DDT-Verbot* gefordert! Denn selbst die Weltgesundheitsorganisation (FAO) führt noch 1970 munter geradezu gigantische »Gift-Hilfsaktionen« mittels DDT in Entwicklungsländern durch!

Der Deutsche Naturschutzring hat gerade den Bundesernährungsminister aufgefordert, das DDT-Verbot wenigstens im EWG-Raum zu erreichen, damit wir im Zuge des Nahrungsmittelaustausches vor den chlorierten Kohlenwasserstoffen verschont bleiben.

Um dem üblichen Einwand zuvorzukommen: Kein Mensch bezweifelt die enormen Erfolge, die durch das DDT seit seiner Erfindung viele Millionen Menschen vor dem Seuchentod, etwa durch Malaria, gerettet haben und dem Entdecker, Dr. Paul Müller, dafür 1941 zu Recht den Nobelpreis zusprachen. *Aber:* Hat man nicht allzu sorglos und ohne Kritik das Gift auch dort verwendet, wo es harmlosere Ausweichmöglichkeiten in Fülle gegeben hätte, und hat man nicht fahrlässig die Warnungen der Biologen in den Wind geschlagen? Vor allem aber — und das zwingt uns zur Besorgnis: Was wissen wir von den tausenden anderen Chemikalien, die wir unbekümmert Tag für Tag verwenden, vielleicht ebenfalls drei Jahrzehnte lang wie das DDT?

Ich meine, daß wir gerade im Hinblick auf die zunehmende Vergiftung unserer Umwelt und ihrer natürlichen Hilfsquellen manche apokalyptische Prognosen der biologischen Wissenschaft ernst nehmen sollten; wissen wir doch heute genau über den Untergang ganzer Landstriche und Kulturen durch Raubbau und Exploitation des Lebensraumes Bescheid: Aber betreiben wir nicht auch mit modernsten Errungenschaften und in viel kürzeren Zeiträumen ein schleichendes Vernichtungswerk, das in seiner Summierung eines Tages schrecklichere Aspekte als ein Atomkrieg wachrufen könnte? Nach meinem Dafürhalten sind Übervölkerung und Umweltvergiftung die potentesten Gefahren, die wir in den kommenden Jahrzehnten zu überwinden haben — und es wird dabei nicht ohne Kompromisse zwischen der Erhaltung einer lebenswürdigen Umwelt und dem Streben nach dem »better way of life« abgehen.

Wir ersticken im Müll

Aktion Saubere Landschaft

Zu diesem Ergebnis sind wir nach unserem großen Fotowettbewerb des Deutschen Naturschutzringes »Gesunde Landschaft — Kranke Landschaft« gekommen, denn abertausende von Fotos von Schandflecken, unkontrollierten, wilden Müllablagerungen, verdreckter Wälder und Fluren flatterten auf unsere Schreibtische. Sie alle kennen diese häßlichste Kehrseite des Fortschrittes zur Genüge, Sie begegnen ihr allenthalben und haben ebensooft gefühlt, wie sehr der Erlebniswert unserer Landschaften, in ihr vor allem der der Wälder, unter dieser schmutzigen Belastung leidet, herabgemindert wird. Der schon mehrmals zitierte »Bericht zur Belastung der Landschaft« besagt, daß eine veränderte Zusammensetzung der Abfälle durch den steigenden Anfall nicht verrottbarer Stoffe und ein laufender Volumenzuwachs des Mülls (»verschwenderische Verbrauchergewohnheiten« kommen hinzu: Während 1950 etwas mehr als 1 Milliarde DM für Verpackungsmittel ausgegeben wurden, werden es 1970 fast 13 Milliarden DM sein!) sowie der Mangel an Ablagerungsplätzen die prekäre Situation kennzeichnet; man schätzt, daß 50 000 Mülldepots in der bundesdeutschen Landschaft herumliegen, von denen die wenigsten sinnvoll und sukzessive rekultiviert werden! Über eine Million Autowracks — um nur ein Beispiel zu nennen — fallen zu Beginn der siebziger Jahre alljährlich an und für 1980 sagt das Bundesgesundheitsministerium über 1,6 Millionen zu bewältigende Autoleichen voraus. Beängstigend erscheint uns bei diesen »Müll-Betrachtungen« der anhaltende Kunststoffboom, dem Experten vor allem auf dem Sektor des Verpackungswesens eine weitere Expansionsphase voraussagen.

So belasten denn heute bereits alljährlich nicht weniger als 200 Millionen Kubikmeter Abfallstoffe unsere Landschaft und die Lawine achtlos weggeworfener Verpackungsmittel verschmutzt Wälder und Fluren und rollt als weitere Vergiftungsquelle über Bäche, Flüsse und Seen hinweg.

Ein guter Mathematiker hat uns ausgerechnet, daß wir uns in der Bundesrepublik im Laufe der siebziger Jahre wiederum ein ganzes

»Matterhorn aus Müll und Dreck« bauen! Wie können wir dieses Matterhorn aus Abfällen bewältigen:

Das Billigste ist die *Deponie*, die zwar geordnet sein kann, für die uns aber in Zukunft der Platz fehlen wird; am biologisch zweckmäßigsten wäre wohl die *Müllkompostierung* aus der Sicht des Naturschutzes zu beurteilen, doch fehlen nach Angabe der Experten die Abnehmer für den anfallenden Kompost. So bleibt als eleganteste Methode nur die *Müllverbrennung*, die aber noch immer die teuerste ist und neue Rückstandsprobleme aufwirft. Bei regionalen Überlegungen für die Zukunft muß das Müllproblem zweifelsohne einen zentralen Planungsraum einnehmen und darf keineswegs an kommenden Grenzen Halt machen! Die Kosten dafür müssen wir eines Tages ebenso bereitstellen wie die vielen Milliarden für reine Luft und sauberes Wasser; notfalls durch Einschränkungen auf anderen — ich sage dies in voller Absicht — kulturellen und zivilisatorischen Gebieten: Denn ist eine saubere Landschaft nicht das Spiegelbild menschenwürdigen Benehmens in einer Kulturlandschaft? So komme ich auf die anläßlich des Europäischen Naturschutzjahres 1970 ins Leben gerufene

Aktion Saubere Landschaft

zu sprechen, mit der wir, ähnlich wie die Vereinigten Staaten, England, Schweden oder die Schweiz das schon praktizieren, alle Bundesbürger um Mithilfe bitten, doch wenigstens den nötigen Bürgersinn für eine saubere Heimatnatur aufzubringen. Wir hoffen, keine Fehlbitte zu tun, wenn wir Sie alle dazu aufrufen, die Natur, die Wälder und die Fluren als unsere »gute Stube« zu betrachten, wie der verehrte Ehrenpräsident des Deutschen Naturschutzringes, Prof. Dr. Dr. Hans Krieg schon vor Jahren gefordert hat, eine »gute Stube«, die man nicht mit Bierflaschen, Plastikbeuteln oder dem sonstigen tausendfältigen Zivilisationsmüll verhunzt!



Jährlich stirbt eine Tierart aus . . .

. . . und dies leider schon seit vielen Jahren: Seit Beginn unserer Zeitrechnung sind allein 106 *Säugetierarten* (von den vielen Vogelarten und anderen Tieren nicht erst zu reden) unwiederbringlich verloren gegangen, die Hälfte davon erst in diesem gesegneten 20. Jahrhundert. Wer das *Red Data Book* der IUCN zur Hand nimmt, wird erschüttert mehrere hundert weitere Kandidaten auf der »endgültigen Abschußliste« vorfinden! U Thant hat dies 1969 in einer aufrüttelnden Rede vor den Vereinten Nationen in New York bekräftigt:

» . . . 150 Vogelarten und Säugetierarten sind ausgestorben, weitere 1000 Arten sind selten geworden oder vom unmittelbaren Aussterben bedroht.«

Nun, es würde doch jede Kulturnation als Schande empfinden, Bauten und Zeugen ihrer Vergangenheit verkommen zu lassen. Doch scheut sich dieselbe Menschheit nicht, unwiederbringbare Tier- und Pflanzenarten bedenkenlos zu vernichten und die Umwelt derjenigen Werte zu berauben, die sie zur »Heimat« machen. Es ist deshalb eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Generation, Naturschutz zu betreiben, weil es für viele Bereiche der Natur auf unserer Erde nämlich bereits kurz vor zwölf und jeder weitere Verlust irreparabel ist!

Ich bin der Meinung, daß die Erhaltung von ein paar Krokodilen, Leoparden, Uhus oder Fischottern eine ebenso notwendige Kultur- aufgabe der Menschen ist wie die Bewahrung der Akropolis, der Pyramiden oder irgendwelcher noch so wertvoller Schlösser in unserer Heimat und daß die Schaffung lebenswürdiger Umweltverhältnisse denselben Aufwand menschlichen Intellekts rechtfertigt wie die Eroberung des Weltalls!

Sonst müßten wir uns nämlich eines Tages dem Vorwurfe aussetzen, daß unsere Generation zwar den Mond und die Sterne erobert, die alte Mutter Erde und ihre Geschöpfe aber darüber vergessen hat!

Nicht nur Tiere sind vom Aussterben bedroht, sondern in nicht minderem Umfange die unbeweglichen, stummen Erscheinungsformen der *Pflanzenwelt*, deren Lebensraum mehr und mehr eingeengt oder bis zur Grenze ihrer Existenzfähigkeit laufend verändert

wird: Flurgehölze, Hecken- und Feldraine müssen dem Fortschritt weichen, viele Blumenarten sterben den erbarmungslosen Gifttod in der landwirtschaftlichen Intensiv-Landschaft, wieder andere leiden unter Wassermangel infolge Melioration von Moor und Sumpf oder Regulierung von Quellen und Bächen, diese bedrohen schädliche Immissionen, jene plündern unvernünftige Menschen. Wo können Sie heute noch den bunten Wiesenblumenstrauß pflücken, wie soll die Lehrerin morgen ihren Schulkindern noch wildwachsende Blütenpflanzen vorzeigen? Die Uniformierung und Verarmung der Vegetation in unserer Landschaft bringt jedoch komplexe Folgen mit sich: Kleinklimatische Veränderungen, erneute Störung des Wasserhaushaltes, Anfälligkeit der Böden gegen Erosion, Zunahme von Schädlingskalamitäten und schließlich — wie wäre es bei dem »innigen Verwobensein« einer Biozönose auch anders zu erwarten — wiederum eine Abnahme der Tierwelt! Als nächste Folge zeichnet sich seit langem eine *Vermassung* unserer Wildtierbestände ab, die wiederum durch die jahrhundertelange sinnlose Verfolgung aller Raubtiere (Haarraubwild und Greifvögel) gefördert wird. Ein Biotop nach dem anderen schwindet, zumal jene am Moor und Gewässer, wieder anderen Tierarten wird infolge des übermäßigen, globalen Pestizideinsatzes jegliche Nahrungsbasis weggenommen; viele, meist indifferente Insektenarten, Käfer oder Schmetterlinge fallen diesem ungelenkten Gifttod mit zum Opfer, nach ihnen deren Vertilger, so daß sich parallel zu den Nahrungsketten bis hinauf zum Menschen die Gifte summieren.

Heute werden bekanntlich in der Bundesrepublik alljährlich fast drei Kilogramm Pestizide je Hektar land- und forstwirtschaftlicher Nutzfläche verspritzt! Etwa 300 000 Hasen, Rehe, Hirsche und Wildschweine, dazu Millionen von Kleinsäugetern (voran der aussterbende Igel), Kriechtieren und Vögeln sterben den Verkehrstod auf unserem immer dichter werdenden Straßennetz. Die Zeit, wann der letzte weiße Storch, der stolze Wanderfalke oder der buntschillernde Eisvogel — um nur wenige Beispiele zu nennen — aus der heimatlichen Landschaft verschwinden werden, ist vorauszusehen; der Uhu wiederum kann nur noch durch laufende künstliche Schutzmaßnahmen (Aktion Uhuschutz des Deutschen Naturschutzringes) als Naturdenkmal in einigen bevorzugten Biotopen erhalten werden.



Eine Gruppe von Mitbürgern verdient, wenn es um die Erhaltung von Wildtieren geht, die uneingeschränkte Achtung und den Dank der Allgemeinheit, ich meine, so absurd dies zunächst klingen mag – die Jäger! Denn wenn wir heute noch reichlich Großtiere wie etwa Hirsche, Gamsen, Wildschweine oder Rehe in unseren Zivilisationslandschaften vorfinden und deren Zahl ohne regulierenden Abschluß sogar viel zu hoch würde, ist dies zweifellos ein Verdienst der Jäger, die sich die Erhaltung des Wildes in der Bundesrepublik Deutschland immerhin 100 Millionen Mark jährlich kosten lassen, nämlich 40 Millionen für Hege und Fütterung und 60 Millionen für Jagdpachten.

Leider kann man über das Wesen der Jägerei, des Tiere-Tötens verschiedener Ansicht sein, man mag auch diese oder jene Art von Fasanen- und Hasenschlachten verurteilen, man mag den Wunsch hegen, daß endlich Auer- und Birkwild nicht mehr bejagt, Rebhühner, Schnepfen, Wildenten oder Greifvögel noch mehr geschont werden und man mag das anachronistische Brauchtum belächeln, mit dem sich mancher Jäger sozusagen als Ersatzreligion umgibt – unbeirrbar bleibt indes die eine Tatsache bestehen: *daß die Jagd – ein angewandter, praktischer Naturschutz ist, der allen nützt!* Dabei kommt es im Hinblick auf den Erfolg nicht darauf an, ob Idealismus oder Beutetrieb der Anlaß für solches Tun ist; dies muß immer wieder jener Überzahl von Mitbürgern klargemacht werden, die im Jäger – wie sollte es denn auch anders sein – zeitlebens den Töter sehen wird.

Erfreulich wächst, auch das mag hier aus meinem vieljährigen Umgang mit Jägern gesagt sein, das biologische Verständnis und die Bereitschaft zur dienenden Hege bei den *Jungjägern*, während die Denkweise manch alten »stolzen Waidmanns« nur durch dessen Abtritt radikal zu ändern ist! Glücklicherweise fühlen sich viele Jäger heute aber auch mitverantwortlich für den gesamten ihnen anvertrauten Lebensraum der Wildtiere, sie nehmen auch am gestaltenden Naturschutz teil, indem sie mehr und mehr »*Reviergestaltung*« betreiben, indem sie Äsung und Deckung, Wildäcker, Hecken und Flurgehölze aus eigener Initiative anlegen: Kleine Beispiele echten Bürgersinnes!

Freilich, täuschen wir uns nach all dem Gesagten nicht, daß neben der Zunahme einiger weniger *jagdbarer* Wildtierarten eine er-

schreckende Verarmung der übrigen Fauna einhergeht, der wir nur durch die Rettung der letzten Biotope und durch die Schaffung ausreichender Reservate begegnen können; nicht dankbar genug kann man daher den weitblickenden Beschluß des bayerischen Parlamentes vom 13. Juni 1969 über die Schaffung eines ersten deutschen Nationalparkes im Bayerischen Wald würdigen und hoffen, daß dieser Einrichtung noch weitere, wie etwa der vom Bund Naturschutz in Bayern angesagte Alpen-Nationalpark folgen.

Die unbewährte Großstadt

Ehe wir auf die Zentralprobleme der Menschheit — Übervölkerung und Landschwund — eingehen, ehe wir die gewaltige Evolution an Freizeit und im Verbund mit ihr das Problem der Erholungslandschaften betrachten, muß jenes Phänomen aufgezeigt werden, das unsere Generation und unser Verhalten entschieden mitgeprägt hat: die Urbanisierung, die Großstadt.

Schon leben 85% aller Bewohner der Bundesrepublik Deutschland in Großstädten, Ende der siebziger Jahre werden es gewiß 90% sein.

Nun haben sich jedoch die »klassischen Großstädte«, auf die wir jedoch vielfach noch immer zusteuern, absolut nicht für die Biologie des Menschen bewährt; Beispiele wie London, Paris, Tokio oder New York beweisen dies zur Genüge. Bleiben wir etwa bei New York, ehemals Traum einer Weltstadt: 200 Milliarden Mark wären erforderlich, um diese Metropole zu sanieren von Abgas- und Smog-Gefahren und vor dem Verkehrschaos, um Grünflächen für die erholungshungrigen Millionen zu schaffen, um die »zugleich reichste und ärmste Stadt der Welt« (wie sie der »Spiegel« im Januar 1970 bezeichnete) wieder funktionsfähig zu machen und zu verhindern, daß sie im eigenen Müll und Elend erstickt. Dennoch rechnen die Futurologen mit einem weiteren überdimensionalen Aufblähen dieser menschlichen Ballungsräume in allen Teilen der Welt, selbstverständlich — und dazu bedarf es keiner Weissagungen — auch in Westdeutschland. Die Experten suchen selbstverständlich in der Erkenntnis all dieser Sorgen längst neue Wege für eine menschenwürdigere Stadt der Zukunft; jedoch — und deshalb interessiert auch uns das Problem der Großstadt, alle diese neuen Wege verlangen noch mehr Raum, verlangen wesentlich größere Flächen und bringen eine immer drastischere Verknappung des Lebensraumes mit sich.

In Westdeutschland hat sich der Anteil bebauter Flächen (Hochbauten!) in den letzten drei Jahrzehnten mehr als verdoppelt; aber auch der Luft-, Wasser- und Landverkehr, insbesondere Straßen- und Autobahnbau erfordern zehntausende von Hektar Grund und Boden. Die Anlagen der Industrie wiederum werden immer größer,

immer flächenintensiver, nicht zuletzt — welch ein *circulus vitiosus*! — durch das positive Bestreben, reichlich Grünflächen zur Erholung, als Lärm- und Staubschutz mit einzuplanen. Wenn 30 bis 50 qm Grünfläche je Stadtbewohner von Experten als Minimum gefordert werden, ist der Expansionsbedarf unschwer auszurechnen!

Wir alle wissen, daß man aus der Sicht der Landschaftspflege sich nicht mit dem »Ein bißchen schön machen« oder Kaschieren von — sagen wir Industriebauwerken — begnügen kann, daß vielmehr sinnvolle Standortwahl, Anpassung an das Gelände und ein stattliches Eingrünungsvolumen vorgesehen werden muß, das ausreichenden Lärm- und Immissionsschutz gewährleistet. »Woher den Boden für alle diese Anlagen nehmen«, fragen uns besorgte Industriemanager.

Der Europarat hat gerade einen umfangreichen Katalog von Empfehlungen über »Probleme der Bodenpolitik und der europäischen Städteplanung« vorgelegt; einige Gedanken daraus seien zitiert:

Tatsachen sind

- daß die Ausdehnung der Städte ein entscheidendes Phänomen der nächsten Jahrzehnte sein wird;
- daß sich die Stadtbewohnerzahlen bis zum Jahre 2000 verdoppeln, in einigen Fällen verzehnfachen und die durchschnittlichen Flächen verdreifachen werden;
- daß eine neue Stadtentwicklungspolitik getrieben werden muß;
- daß das Haupthindernis sachgemäßer Stadtplanung, das Grundstücksproblem, gelöst werden muß, also ein neues Bodenrecht (das auch nach meinem Dafürhalten eine Neuordnung des *Eigentumsbegriffes* voraussetzt) geschaffen werden muß und daß überregionale Planungssysteme anerkannt werden müssen usf.

Auf solchen Tatbeständen aufbauend fordert der Europarat u. a. folgende Prinzipien für den Städtebau von morgen:

- Sozialfunktion des Eigentums ist zu forcieren;
- Fortentwicklung des *Rechts der Allgemeinheit*, benötigtes *Grundeigentum zu erwerben* (selbstverständlich basierend auf der Bewahrung demokratischer Grundsätze, persönlicher Grundrechte und gerechten Entschädigungen);



- Möglichkeit ausreichender *Auflagen an den Bodeneigentümer* bei der Verwendung des Bodens;
- Einleitung angemessener Schritte zur *Verhütung der Bodenspekulation*;
- Verpflichtung der Kommunen zur *Erstellung von Entwicklungsplänen*;
- *Verhütung von Überkonzentrationen* durch Entflechtung der Ballungsräume;
- Maßnahmen gegen die *Baulandverknappung*;
- Boden- und *Eigentumsrecht* sind fortzuentwickeln.

Solchen Forderungen, insbesondere im Hinblick auf die *Neuordnung des Eigentumsbegriffes*, kann bestimmt kein weitschauend denkender Zeitgenosse widersprechen. Doch welche Regierung wagt sich schon an so heiße Eisen, wie sicher der Eigentumsbegriff eines ist, heran? Und immer wieder: Alle diese Besorgnisse enden bei noch mehr Landbedarf!

Gerade in diesem Zusammenhang warnen wir aus der Sicht der Landespflege bei allem Respekt für weitestblickende Raumordnung und Zukunftssorge vor einer hier und dort nicht zu leugnenden »*Gigantomanie*«, wenn es beispielsweise um den Bau von Flughäfen oder ähnlichen Prestigeanlagen geht: Sie alle kennen das jahrelange Tauziehen um den sicher notwendig gewordenen Großflughafen bei München; doch schon steht ein weiteres, mindestens ebenso gewaltiges Projekt vor den Toren Hamburgs vor dem Bau, das mit über 2500 Hektar Flächenbedarf größer wird als der Flughafen in Washington. Sicher sind in Hamburg schon die ersten Jumbo-Jets gelandet und sicher wollen wir alle an der Chance einer weltweiten Bewegungsfreiheit teilnehmen, jedoch fragen wir besorgt im Hinblick auf den Landschwund, wieviele Interkontinentalflughäfen das kleingewordene West-Deutschland noch braucht.

Beschließen wir die Betrachtungen des »Phänomens Großstadt« mit einem Gedanken, der uns direkt in die Natur zurückführt. Sicherlich gewährt uns die Anonymität der Großstadt zwar stellenweise eine neue Art von Individualismus, sie führt aber auch zu einer neuen Art von Einsamkeit, die im Gegensatz zum beruhigenden Alleinsein auf dem Lande eine böse, beängstigende Leere heraufbeschwört. In der Einsamkeit der Natur finden wir indes den be-

glückenden Dialog mit der lebendigen Umwelt, der wir uns bald selbst wieder verbunden fühlen. Aus der Einsamkeit der Großstädte erwächst das Unnatürliche, die Verarmung der Seele und die Angst; deshalb braucht der urbanisierte Mensch die erholsame Natur ebenso sehr wie sein tägliches Brot!

Wie soll das weitergehen?

Wie schnellebig doch unsere Zeit geworden ist! Erst gute fünf Jahre sind vergangen, seit ich es einmal gewagt habe, nach dem deprimierenden Eindruck asiatischer und südamerikanischer Länder in westdeutschen Zeitungen und Illustrierten die Geburtenkontrolle zu propagieren; diese Publikationen haben mir seinerzeit sogar recht ehrenvolle Leserzuschriften besorgter Bischöfe eingebracht. Heute ist gottlob jedes Schulkind über dieses Weltproblem Nummer 1 aufgeklärt und unser Bundeskanzler hat die Bewältigung der Bevölkerungsexplosion bei seiner Neujahrsansprache 1970 als ein Zentralproblem der kommenden Jahre bezeichnet! In dem erwähnten Report »Wie soll das weitergehen?« habe ich damals geschrieben:

In der unmäßigen Bevölkerungsentwicklung liegt der Schlüssel des meisten Unheils dieser Erde: Krieg, Haß, Neid und Mißgunst der Völker, gründen sie nicht vielfach im Kampf um den unvermehrbaaren Lebensraum, im Ringen nach der Existenzgrundlage? Die Verkomplizierung aller Umweltsbedingungen und der Lebensverhältnisse, die zunehmende Verknappung oder Störung der natürlichen Hilfsquellen, wie wir sie aufgezeigt haben, warum sind sie eingetreten? Warum wußte man noch nichts von solchen Nöten, als wir noch weniger Mitmenschen hatten? Warum gibt es in dünnbesiedelten Ländern kaum Sorgen des Naturschutzes im weitesten Sinn?

Die Antwort ist klar: Unsere Art ist »ausgebrochen«, sie quillt über die Grenzen eines zumutbaren und gesunden Lebensraumes hinaus; das Individuum aber gerät in die Mühle der Massenvermehrung und geht unter. Die Masse aber explodiert weiter und mit vielleicht schrecklicheren Folgen als die gefürchtete Kette von Wasserstoffbomben!

Manche Zeitgenossen, die sich für besonders fortschrittlich halten, sagen: wozu sollen wir uns Sorgen darüber machen, ob unsere Erde etwa doppelt oder gar dreimal so viele Menschen ernähren könnte oder ob bis dahin noch mehr Menschen als heutzutage (das sind immerhin bereits die Hälfte!) Hunger leiden? Man würde Mittel und Wege finden und Wissenschaft und Forschung werden neue künstliche Nahrungsquellen er-



schließen, sie werden die Meere nutzbar machen und eines Tages die Wüsten bewässern. *Aber...* die Umwelt, die wird fürchterlich werden und wir können uns das künstliche Leben der Zukunft gar nicht grauenhaft und häßlich genug vorstellen! Tagtäglich fast 200 000 Menschen mehr auf dieser Erde! Das entspricht der Bevölkerung einer Großstadt, das sind dreihundertfünfundsechzig Großstädte alljährlich mehr, das sind in jeder Sekunde etwa 5 Menschen, die *mehr* hinzukommen, als sterben!

Sehen wir uns doch einmal im Bereich der übrigen Natur um: Ist es denn nicht so, daß irgendeine Art immer dann zum »Schäd-

ling« wird, wenn sie »ausbricht« sich übervermehrt und ihre eigene Existenzgrundlage vernichtet. Müssen wir erst warten, bis dieser »biologische Zusammenbruch« bei unserer Art, dem homo sapiens, eintritt oder muß er gewaltsam durch allesvernichtende Kriege heraufbeschworen werden?

Müßten uns nicht jene apokalyptischen Worte Mao Tse-tung's immer vor Augen stehen:

»Wir haben keine Angst vor Atombomben. Was geschieht, wenn 300 Millionen getötet werden? Wir haben immer noch viele Menschen. China ist das letzte Land, das im Atomkrieg untergeht.«

Müssen wir Menschen aus Mangel an Lebensraum untergehen, wollen wir eine Zukunft heraufbeschwören, ohne individuelles Eigenleben, eine Welt ohne Platz für Eigenheim und Garten, in der man nicht einmal mehr allein wird Auto fahren können, eine Welt mit zwangsläufiger Planwirtschaft?

Wir reden in der Naturwissenschaft heute viel von »biologischer Schädlingsbekämpfung« und setzen Parasiten zum Kampf gegen den sich übervermehrenden Schädling ein. Beim homo sapiens sollte indes die ihm eigene ratio zum rettenden Parasit dieser Art werden?

Nur wenn diese Hauptsorge der Menschheit, die Eindämmung des Überbevölkerungsstromes gewährleistet ist, wird es einen Sinn haben und wird eine Aussicht bestehen, an einer durchaus verbesserungsfähigen Umwelt zu bauen und unsere Zivilisationslandschaften zu gestalten, daß sie wert bleiben, »Heimat« genannt zu werden, unsere überkommenen Kulturwerte weiter zu pflegen und friedlich zu überleben!

Soweit Auszüge meiner damaligen Äußerungen; wie aber sieht es heute im Jahre 1970 aus:

In industriellen Ballungsgebieten, die schon aus allen Nähten platzen, müssen heute bereits über tausend Menschen je qkm leben; die Bevölkerungsdichte beträgt in unserem Land 247 je qkm, wir stehen damit schon an fünfter Stelle in der Weltbevölkerung; darüber können und dürfen wir uns nicht länger hinwegtäuschen! Vor hundert Jahren lebten nur 73 Einwohner je qkm in unserer Heimat, 125 waren es noch vor 50 Jahren und heute sind es schon 247! Und morgen?

Wir kennen die Prognosen, die viele Experten vorsichtshalber nur noch bis 1980 zu stellen wagen. Wie aber, so fragen wir Biophylaktiker, soll es dann in ganz naher Zukunft schon weitergehen? Heute bevölkern 3,7 Milliarden Menschen diese Erde und alljährlich werden es um 75 Millionen mehr, in Westdeutschland beispielsweise werden um das Jahr 2000 wenigstens 70 Millionen Menschen leben (1965 waren es noch 58 Millionen), wenn sich die Vorausberechnungen nicht wie bisher immer zugunsten von *noch mehr* Menschen geirrt haben! »Verheißungsvolles Wachstum«, prophezeit auch eine Werbeschrift »Man investiert in Bayern«, in der es heißt, daß bis zum Jahre 1990 eine Zunahme der bayerischen Bevölkerung von 10,4 auf 12,5 Millionen zu erwarten ist; zweifellos wird dieser Bevölkerungszuwachs zum weiteren Aufblähen der Verdichtungsräume beitragen. Um so dringlicher erscheint es uns Naturschützern, im Rahmen einer sinnvollen Raumordnung *jetzt* die Weichen richtig zu stellen.

Noch ein abschließender Blick auf die Weltbevölkerung: Sie beträgt heute schon 3,7 Milliarden Menschen und wird sich in den nächsten 25 Jahren verdoppeln! Die Art »homo sapiens« hat mindestens eine Million Jahre der Entwicklung bedurft, um ihre heutige Individuenzahl zu erlangen — und sie bedarf nur noch weiterer 25 Jahre — einer knappen Generation — sich zu verdoppeln! Dann werden nahezu sieben Milliarden Menschen die bange Frage stellen, »wie soll das weitergehen?«

Man kann diese traurigen Aspekte einer schier ausweglosen Umweltsituation mit allen ihren materiellen und seelischen Konflikten und Gedrängefaktoren einfach nicht totschrveigen, wenn man Probleme eines weltweiten Naturschutzes ins rechte Licht rücken will; nur so wird man den dauernden Kampf zwischen der unausweichlichen Landverknappung und der Schaffung ausreichender Reliktflächen als Oasen für Menschen, Tiere und Pflanzen verstehen.

Hören wir, welche Besorgnisse viel klügere Männer äußern: Der wissenschaftliche Berater des amerikanischen Präsidenten, Lee Durbridge, meinte unlängst auf der UNESCO-Konferenz in San Francisco, daß »unser Raumschiff Erde gefüllt sei und die Völker der Welt sich der Bevölkerungsexplosion als der größten Herausforderung unserer Zeit stellen müßten«.

Und der Nobelpreisträger für Medizin, Sir M. Burnet, nannte

»vier Wege, welche die Menschheit vor einem Sturz in unvorstellbares Elend bewahren könnten«, nämlich die Beschränkung der Erdbevölkerung um jeden Preis auf höchstens zwei Milliarden (wir sind aber heute schon 3,7 Milliarden), ferner die Kontrolle der Luft- und Wasserverseuchung und die Bewahrung der natürlichen Hilfsquellen.

Zuletzt sei der 82jährige Biologe, Forscher und Publizist, Sir Julian Huxley (1970) zitiert, der in der Londoner Times von einer »Menschheit auf Kollisionskurs« spricht und die Beziehungen des Menschen zu seiner Umwelt und die Bevölkerungsexplosion als das Politikum von 1980 bezeichnet. Zur Lösung all dieser Sorgen empfiehlt J. Huxley neben der Geburtenkontrolle vor allem eine bessere Strukturplanung, »auf die weder Regierungen noch Universitäten eingerichtet seien, vor allem nicht hinsichtlich der Ausbildung auf dem Gebiete des Naturschutzes und der Ökologie«.

Bevölkerungsexplosion trotz Geburtenkontrolle

UNO-Kommission: 1985 gibt es voraussichtlich fast fünf Milliarden Menschen auf der Welt

Trotz zunehmender Geburtenkontrolle und erhöhter Verwendung empfängnisverhütender Mittel wird die Weltbevölkerung in den siebziger Jahren voraussichtlich weitaus stärker zunehmen als je zuvor. Dies geht aus einem Bericht der UNO-Bevölkerungskommission hervor, der in New York veröffentlicht wurde. Während 1965 die Weltbevölkerung 3,289 Milliarden Menschen betrug, wird sie 1975 vermutlich bereits auf 4,022 Milliarden und 1985 auf 4,934 Milliarden Menschen angewachsen sein. In den 20 Jahren von 1965 bis 1985 dürfte die Gesamtbevölkerung nach diesen Schätzungen also um rund 1,7 Milliarden Menschen zugenommen haben.

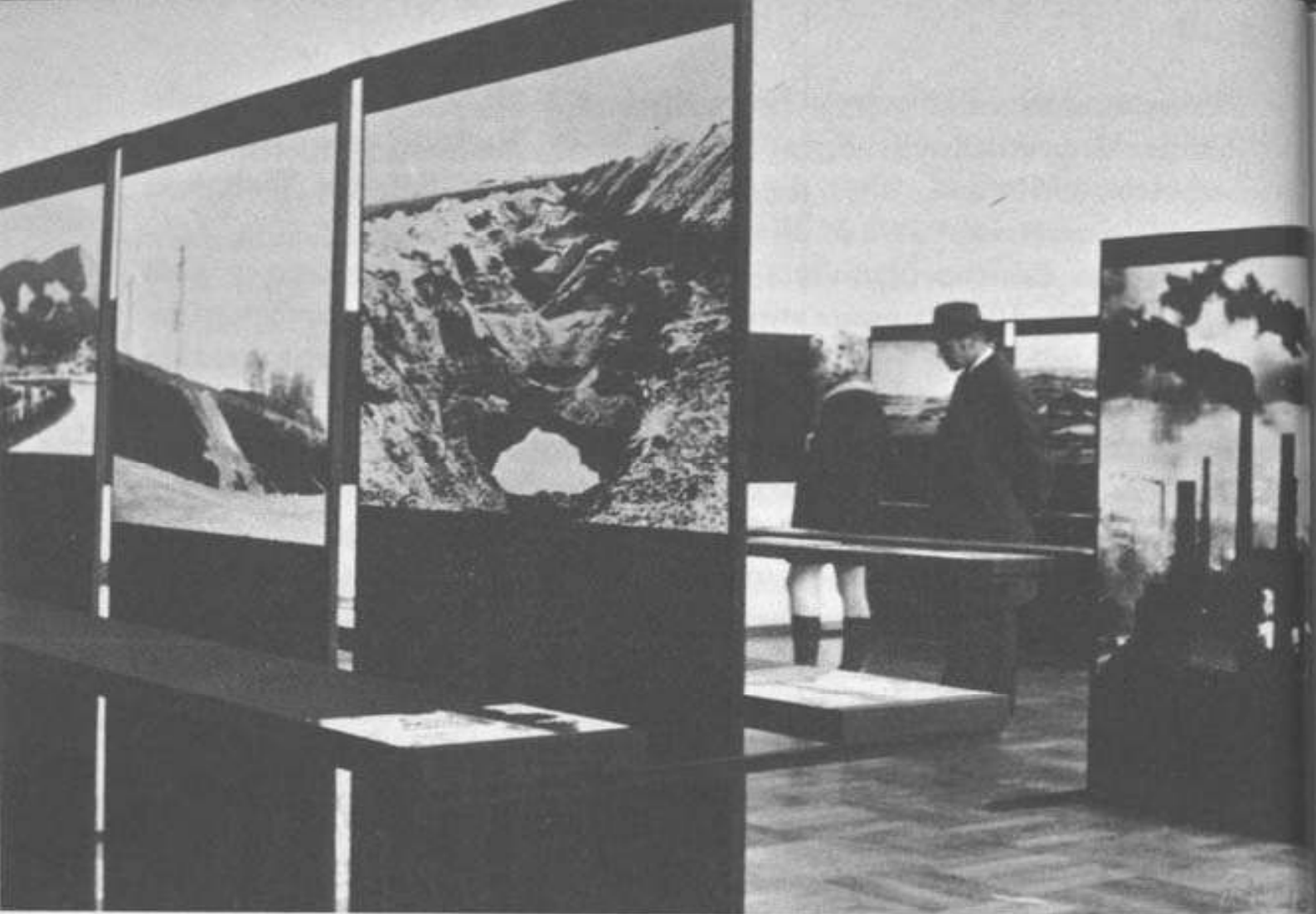
Wie in der vergangenen Dekade, so wird voraussichtlich auch in den kommenden Jahren in den Entwicklungsländern der Geburtenzuwachs besonders groß sein. Während in den zivilisierten Ländern die Bevölkerung jährlich um durchschnittlich 1,0 bis 1,1 Prozent wächst, nimmt sie im Jahresdurchschnitt in den Entwicklungsländern um 2,4 bis 2,5 Prozent zu.

Ein besonderes Phänomen ist nach dem UNO-Bericht die zunehmende Verstädterung überall in der Welt. Es wird erwartet, daß zwischen 1960 und 1980 die Zahl der Städter auf der Welt von 990 Millionen auf 1,780 Milliarden ansteigen wird.

Nach dem Bericht bemühen sich praktisch alle Regierungen, das Maß der Bevölkerungszunahme zu kontrollieren. In den Entwicklungsländern wurde ein zunehmendes Interesse an internationalen Maßnahmen zur Geburtenkontrolle verzeichnet.

Hungersnöte, Kriege und Katastrophen haben insgesamt nur einen geringen Einfluß auf das ständige Anwachsen der Weltbevölkerung. Die Auswirkung von Katastrophen dieser oder jener Art, die die Menschheit auch in modernen Zeiten betroffen haben, ist am stärksten bei der Bevölkerung der Entwicklungsländer zu beobachten gewesen.

»Dennoch kann schematisch errechnet werden, daß alle seit 1950 registrierten nationalen und örtlichen Katastrophen das Anwachsen der Weltbevölkerung um nicht mehr als zehn Jahre verlangsamt haben. Wenn es keine Kriege, keinen Hunger und keine Epidemien seit 1850 gegeben hätte, dann hätte die Erdbevölkerung schon im Jahre 1920 statt erst 1930 mehr als zwei Milliarden betragen«, erklärten die Experten.



Keine Formel gegen den Landschwund

In diesen Tagen hat ein Industrieverband der Chemie einen graphisch hervorragenden Prospekt über die Bedeutung der chemischen Produkte für den Fortschritt der Menschheit auf den Markt gebracht. Auf diesem bunten Bilderbogen heißt es, daß Chemie den Hunger bekämpft, Krankheiten heilt, Abertausende von Kunststoffen ermöglicht — kurzum eine »Schöpfung ohne Ende« bedeutet und besser zu leben helfe. »Die natürlichen Rohstoffe«, heißt es weiter, »erschöpfen sich, aber unsere Ansprüche steigen. Dieser Notstand zeigt die übergeordnete Bedeutung der Chemie.«

Warum ich diese — durchaus richtige — Aussage hier zitiere? Weil das Wort von der »Schöpfung ohne Ende« nämlich für einen (und akkurat den schmerzlichsten) menschlichen Bedarf nicht zutrifft — nämlich für die Landschaft! *Lebensraum wird stets irreparabel und unwiederbringbar verbraucht*; es gibt keine Formel gegen den Landschwund . . .

Der Lebensraum um uns wird also enger und enger und die Lebensmöglichkeiten werden ungesünder; das weiß und spürt heutzutage schon jeder, der in Westdeutschland leben muß, dessen 25 Millionen Hektar Landflächen dereinst in gesundem Verhältnis auf landwirtschaftliche Nutzflächen, Wälder, Moore, Ödländer, Gewässer und menschliche Siedlungen im Sinne einer Kulturlandschaft verteilt waren.

Dieses Verhältnis hat sich seit Beginn dieses Jahrhunderts aber sehr einseitig zugunsten von Städten, Industrie-, Energie-, Verkehrs- und Verteidigungsanlagen oder Steine- und Erdenabbaugebieten entwickelt und der Landschwund und die Einbuße an land- und forstwirtschaftlicher Fläche betrug in diesem Zeitraum 2,8 Millionen Hektar! Bis zum Jahre 1975 wird mit dem Verlust einer knappen weiteren Million Hektar »Natur« gerechnet.

Fest steht: Immer mehr Menschen müssen sich also in immer weniger Land teilen.

Nun braucht man nicht erst den Futurologen bemühen und kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, daß bei steigendem Landbedarf, der heute schon *tagtäglich über 110 Hektar unvermehrten Grund und Boden unwiederbringlich verschlingt* und

immer größer wird — eines Tages der Platz enger wird und wieder eine Weile später ausgeht!

Jedenfalls wird in der Welt von morgen kein Raum für individuelle Wochenendhäuser, vielleicht auch nicht mehr für den Einzelbauplatz mit Garten und Swimmingpool vorhanden sein; nur drei Beispiele mögen diese schier ausweglose Situation veranschaulichen: In Los Angeles, dessen Verkehrsdichte wir Ende der siebziger Jahre sicher längst erreicht haben, wird in diesen Tagen eine *Straße mit 32 Fahrspuren* freigegeben, um die Verkehrsnot zu regulieren: Wohin wollen wir solche Bauwerke der Zukunft legen, wenn nicht in den Rest der Heimatlandschaft?

Dann der steigende Flächenbedarf für Mineralien, Steine und Erden; *allein für Sand- und Kiesgruben werden schon heute 3000 bis 4000 Hektar Land* in der Bundesrepublik *in jedem Jahr* aufgebraucht. Und schließlich der Drang nach dem eigenen *Wochenendhaus*, von dem schon 100 000 Schwarzbauten in der Landschaft stehen. Drei Beispiele nur aus einer nicht endenwollenden Fülle von Sorgen; wie aber müßten aus solcher Erkenntnis gewonnene Konsequenzen lauten?

Einmal muß eine kompromißlose, *verbindliche Raumordnung* gefordert werden, die nicht an zufälligen politischen Grenzen aus längst vergangener Zeit Halt macht, sondern die unsere ohnedies schon eng genug gewordene Heimat als Planungseinheit im Gefüge europäischer Überlegungen ansieht; dies gilt für die Verkehrswege ebenso wie für die Baugebiete oder die erwähnten mineralischen Lagerstätten.

Zum anderen muß, hervorgehend aus einer dynamischen Raumordnung die »*Verwendung von Grund und Boden* auf ökonomischste und volkswirtschaftlich am ehesten vertretbare Weise gesteuert werden«. Diese Forderung rührt zweifellos am herkömmlichen *Eigentumsbegriff*, der in allernächster Zukunft nicht ohne erhebliche Wandlung auskommen wird. Um beim Beispiel der Kiesgrube zu bleiben: Es darf in der Welt von morgen weder überlassen bleiben, *wo* ein Baggersee angelegt wird, noch *wie* er geplant, abgebaut und rekultiviert wird. Vielmehr wird man über das *zufällige Eigentum* hinweg den Rohstoff dort gewinnen, wo er eben geologisch, landschaftlich und ökonomisch am sinnvollsten verkraftet werden kann. Und man wird das entstehende Gewässer gewiß nicht dem

Einzelnen zum Angeln oder Wasserskilaufen überlassen, sondern man wird neue Ufer mit Erholungsmöglichkeiten für viele tausend Mitbürger daraus schaffen müssen.

Ich *muß* dies sagen, weil das alles kein klassenkämpferischer Angriff auf einen überholten Eigentumsbegriff ist, sondern die reinste Notwehr gegen den totalen Ausverkauf der Umwelt. Nur eine von *höchster Moral getragene Bodenpolitik*, welche irreversible Schäden durch Zufall oder Spekulation ausschaltet und Ökonomie und Verantwortung an ihre Stelle setzt, gibt uns die Chance, der Tragik des unvermehrbaaren Grund und Bodens zu begegnen. Wird der Ausverkauf der Landschaft unser Schicksal sein oder werden wir ihm rechtzeitig einen Riegel vorschieben?

Der Ruf »die gesunde Landschaft wird in alarmierendem Ausmaße verbraucht« (Grüne Charta der Mainau) feiert gerade in diesem Europäischen Naturschutzjahr 1970 sein zehnjähriges Jubiläum: Aber die Landschaft wurde in dieser Epoche mehr verbraucht als je zuvor! Wie, so fragen wir besorgt, soll das weitergehen?



Die drei Landschaftsformen der Zukunft

Ehe wir uns der Erholungslandschaft zuwenden, erscheint es zweckmäßig, sich über die »Landschaftsform der Zukunft« Gedanken zu machen. Es hat den Anschein, als gebe es in Zukunft folgende Formen der Landschaft in unserer Heimat:

Eine *Zivilisationslandschaft*, die von menschlichen Siedlungen und industriellen Ballungen geprägt ist und in der die Naturschutzidee allenfalls in ihrem gestaltenden Prinzip Platz findet, sei es in der Schaffung von Naherholungszonen oder hinsichtlich von Eingliederungen (Grünplanung) und Rekultivierungen.

Daneben wird es die »*Produktionslandschaft*« geben, die einer höchstentwickelten, vollmechanisierten und rationellen Agrar-Produktion dient; in dieser Landschaft wird der Raum für die Hecke, für das Feldgehölz; für den gewundenen Bachlauf kaum noch vorhanden sein. Hier werden Höchsterträge produziert, hier wird in raffinierter Weise gedüngt, Bodenpflege betrieben oder bewässert, hier müssen hochintensive Pflanzenschutzmittel, Pestizide und Herbizide angewandt werden. Diese Landschaft ist nicht gerade schön, aber sie ist eine Realität und wir Naturschützer sollten uns damit abfinden und den Agrarexperten wünschen, es möge ihnen gelingen, die Fruchtbarkeit dieser Produktionslandschaft auch für die Dauer zu sichern, sie vor Erosion und vor Abbau zu schützen; eine besondere Erholungsfunktion freilich werden wir von dieser Landschaft nicht erwarten dürfen.

Man kann sich nicht heftig genug diese ungeheuerliche, völlig neue und ungeahnte Agrarstruktur dieser Produktionslandschaft vor Augen halten, denn ohne einen »Hauch von Mansholt« können unsere Agrarlandschaften einfach nicht mehr existieren.

Hierfür müssen wir uns als dritte Landschaftsform die *Erholungslandschaft*, die *Kulturlandschaft* also, erhalten, respektieren und neugestalten; hier findet das bewahrende Prinzip des Naturschutzes noch ein wenig Raum und es wäre doch recht unlogisch, wollte man akkurat diese Erholungslandschaft, die sich naturgemäß auf die geringeren landwirtschaftlichen Bonitäten beschränkt, zur vermehrten Produktion intensivieren, zumal in einer Zeit der weltweiten Überproduktion!

Dazu ein Beispiel:

Wenn die 200 Millionen Bewohner der USA heute schon von knapp 7% der Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt werden und dennoch selbst in dieser hochtechnisierten Agrarlandschaft schon seit Jahren Stilllegungsprämien für Landwirtschaftsbetriebe bezahlt werden müssen, so sollten wir das nicht gewaltsam nachahmen und unsere Produktion mit allem erdenklichen Aufwand an Steuermitteln ebenfalls auf eine solche Höchststufe »hinaufintensivieren«. Damit würden wir nämlich die letzten verbliebenen Reste der Kulturlandschaft, also der Erholungslandschaft dem irreparablen Verlust preisgeben. In solch positivem Sinne deuten die Naturschützer auch Äußerungen des Herrn Bundeslandwirtschaftsministers, der unlängst verkündete, er »wolle die Flurbereinigung vereinfachen und auf großzügige Projekte abstellen«; damit kann bestimmt nicht die Erholungslandschaft der Mittelgebirge gemeint sein!

Damit soll nun keinesfalls der Eindruck entstehen, als würde seitens des Naturschutzes der Stilllegung der Gebirgs- oder Mittelgebirgs-Landwirtschaft das Wort geredet: Im Gegenteil! *Die Land- und Forstwirtschaft erfüllt in der Erholungslandschaft echte angewandte Naturschutzaufgaben, sie wirkt im Sinne des gestaltenden Naturschutzes für die Landespflege und erzielt anstelle wirtschaftlicher Erfolge staatspolitische Effekte!* Ist es aber nicht billig, gerecht und selbstverständlich, daß diejenigen, welche diese Landespflege für die Gemeinschaft des gesamten Volkes leisten, dafür entsprechend honoriert werden? Diese »Pflegewilligkeit« darf nicht mit dem etwas abwertenden Begriff der Subvention belastet werden; *die Landespflege muß von der Öffentlichkeit honoriert, nicht subventioniert werden!*

So müssen wir also die Erholungslandschaft als ordentliche, neue Art der Bodennutzung im Sinne von Fremdenverkehr und Tourismus heute paritätisch neben der Zivilisations- und Produktionslandschaft anerkennen. Um bei dieser Umstrukturierung der Kulturlandschaft zur Erholungslandschaft noch intensiver und privilegierter mitwirken zu können, erscheint es aus der Sicht des Naturschutzes sinnvoll, in diesen Räumen möglichst großflächige Landschaftsschutzbereiche auszuweisen.

Dabei wird sich der neuzeitliche Naturschutz selbstverständlich vom

konservierenden Prinzip weg- und dem *gestaltenden Naturschutz* zuwenden. Dies wird bereits dann praktiziert, wenn etwa in einer Mittelgebirgslandschaft die Wiesentäler nicht aufgeforstet und die Felder weiter bestellt werden! Man könnte auch sagen, daß sich der konservierende Naturschutz heute bereits der ebenso schutzwürdig gewordenen bäuerlichen »Kulturlandschaft«, also der »traditionellen Agrarlandschaft« annehmen muß.

So muß aus der Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege selbstverständlich auch die *Flurbereinigung als Verbündeter* betrachtet werden, der die Voraussetzung für die Erhaltung der Erholungslandschaft schafft, der echte Raumordnung betreibt; allerdings fordern wir gerade innerhalb der Erholungslandschaftsform obligatorisch das biologische Denken, die Beachtung der Rentabilitätsgrenze (zumal bei Wasserbau und Melioration) und die ehrliche Beteiligung des Landschaftspflegers.

Insoweit ist auch jener Passus des Mansholt-Planes begrüßenswert, der die Schaffung jeglichen Neulandes aus Wald-, Ödland oder Unland ablehnt.

Umgekehrt müssen wir aber auch mit jenen Konsequenzen fertig werden, die beispielsweise das Rückfluten der Rodungswelle mit sich bringt (allein in Bayern stehen in diesem Jahrzehnt weitere 200 000 Hektar zur Neuaufforstung an!). Sie zu verhindern, hat schon der Raumordnungsbericht der Bundesregierung (1968) »Bewirtschaftungszuschüsse zur Erhaltung der Kulturlandschaft« gefordert. Allerdings koste dies in jedem Jahr 700 Millionen D-Mark; das mag hoch erscheinen, aber auch tragbar, wenn man an die Lagerung des oft karikierten Butterbergs denkt, die ebensoviel kostet.

Das »Grüne Programm für Bayern«

Die Regierungsbeauftragten für Naturschutz in Bayern haben anlässlich des Europäischen Naturschutzjahres 1970 ihrem zuständigen Innenminister ein bemerkenswertes »Grünes Programm für Bayern« vorgelegt:

I. Anlaß

Die Einflüsse der heutigen Zivilisation, insbesondere die Intensivierung der Bewirtschaftung in Land- und Forstwirtschaft sowie die Industrialisierung bewirken in der Landschaft und deren Naturhaushalt eine zunehmende Verarmung. Frühzeitig wurde erkannt, daß es aus vielen Gründen erforderlich ist, besonders wertvolle Naturbestandteile vor Veränderung, Zerstörung oder völliger Vernichtung zu schützen und besonders vielfältige Landschaften vorzugsweise für Erholungszwecke zu erhalten. Der Naturschutz, dem diese Aufgaben zufallen, ist heute jedoch nicht mehr in der Lage, der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auch nur annähernd entgegenzuwirken. Grund dafür ist eine personelle und finanzielle Ausstattung, die um Jahrzehnte hinter der notwendigen Entwicklung zurückgeblieben ist und mit der in keiner Weise die gestellten Anforderungen erfüllt werden können. Die Aufgaben des Naturschutzes, die tatsächlichen Möglichkeiten und die daraus resultierenden Forderungen sollen im folgenden näher erläutert werden.

II. Aufgaben

Naturschutz und Landschaftspflege sind Bestandteile der Landespflege, die ihrerseits als die ökologisch-gestalterische Komponente der Raumordnung anzusehen ist. Durch den Naturschutz sollen wertvolle Landschaften und Landschaftsbestandteile sowie seltene und gefährdete Tier- und Pflanzenarten aus wissenschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen erhalten werden. Die Landschaftspflege erstrebt durch Gestaltung und Pflege der Landschaft die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und ihre pflegliche Nutzung sicherzustellen. Die Landschaft soll nachhaltig ertragsfähig sowie für Wirtschaft und Erholung gleichermaßen

nutzbar bleiben. Damit dies gewährleistet wird und nicht durch einseitige, nur am Streben nach Gewinn orientierte Eingriffe in die Landschaft die natürlichen Lebensgrundlagen weiter unwiederbringlich zerstört werden, ist es erforderlich, die an die Landschaft gestellten Nutzungsansprüche zu lenken und durch landespflegerische Maßnahmen die negativen Auswirkungen der Nutzungen auf den Naturhaushalt zu verringern und auszugleichen.

III. Zustand

1. Für Industrie, Wohnbauten, Verkehrswege und Verteidigungsanlagen wird laufend Land benötigt und damit land- und forstwirtschaftlicher Nutzung entzogen oder seiner freilebenden Tierwelt und wildwachsenden Pflanzen beraubt. Der verbleibende Rest an freier Landschaft wird durch Bodenentnahmen, Einzelbauten, Verkehrsanlagen, Wochenendhäuser, Schutt und Müll beeinflusst und es tritt hierdurch sowie durch Meliorationen und intensive Nutzung eine Verarmung im natürlichen Potential ein. Stellenweise wird die Landschaft durch Eingriffe so stark verändert, daß sie für bestimmte Nutzungsarten unbrauchbar werden kann.

2. Der Bedarf an Erholungsbereichen steigt ständig. Trotzdem werden an vielen, für Erholungszwecke geeigneten Orten andere Belange in den Vordergrund gestellt und die Landschaft so beeinflusst, daß die Erholungseignung verringert wird, ganz verloren geht oder zum Privileg einzelner wird.

3. Auf vielen ertragslosen oder ertragsarmen Flächen werden Kultivierungen oder Meliorationen durchgeführt, bei denen die eingesetzten Steuermittel in keinem zu rechtfertigenden Verhältnis zu den erzielbaren Erträgen stehen. In gleicher, fragwürdiger Weise werden Fließgewässer begradigt und ausgebaut. Durch diese Maßnahmen werden für einen ausgeglichenen Naturhaushalt notwendige Teile zerstört und das Landschaftsbild vielfach nachteilig verändert. Durch die Begradigung der Fließgewässer wird zusätzlich die Selbstreinigungskraft verringert.

4. Nach § 20 RNatGes sind alle Behörden verpflichtet, vor Genehmigung von Maßnahmen oder Planungen, die zu wesentlichen Veränderungen der freien Landschaft führen können, die Naturschutzbehörden rechtzeitig zu beteiligen. Die Naturschutzbehörden werden fachlich durch Beauftragte für Naturschutz beraten. Die



große Anzahl der Planungen in der freien Landschaft einschließlich deren Auswirkungen kann nur noch von fachlich ausgebildeten Kräften im Sinne des Gesetzes begutachtet werden. In anderen Bundesländern sind neben personell stark besetzten Landesstellen als Berater der Obersten Naturschutzbehörden auch bei vielen Regierungen, in einigen Fällen sogar auf Kreisebene Fachkräfte in der Naturschutzbehörde selbst oder als deren Berater hauptamtlich tätig. In Bayern ist neben einer personell völlig unzureichend besetzten Landesstelle in vier Regierungsbezirken ein hauptamtlicher Beauftragter für Naturschutz eingesetzt. Die Landesstelle für Naturschutz und die Regierungsbeauftragten haben neben Aufgaben des Naturschutzes in ständig zunehmendem Maße Aufgaben aus der Landschaftspflege zu erfüllen.

5. Landschaftspflege wird in Bayern zur Zeit von mehreren Fachstellen betrieben, ohne daß bisher eine ausreichende Koordinierung erfolgt ist.

6. Von den Naturschutzbeauftragten oder von den erwähnten Fachstellen werden zu geplanten Veränderungen in der Landschaft vielfach Planungen aufgestellt oder Maßnahmen vorgeschlagen, deren Ausführung eine Minderung der Einflüsse auf Naturhaushalt oder Landschaftsbild bedeuten würde. Die Durchführung der Vorschläge scheitert in zahlreichen Fällen daran, daß hierfür keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Das bedeutet, daß aus Veränderungen der Landschaft ein Gewinn gezogen werden soll, zur Behebung der eingetretenen Schäden jedoch keine Mittel bereitgestellt werden.

7. In Bayern bestehen derzeit 154 Naturschutzgebiete von hohem wissenschaftlichen und kulturellen Wert und teilweise auch von großer Bedeutung für Erholungszwecke. Daneben gibt es noch eine sehr große Anzahl gleichwertiger, jedoch noch nicht geschützter Gebiete. Die Erhaltung derart wertvoller Teile der heimatlichen Natur liegt nicht nur im öffentlichen Interesse, sie ist eine wissenschaftliche und kulturelle Notwendigkeit. Trotzdem kommt es immer wieder vor, daß durch Eingriffe geschützte Gebiete in ihrem Naturhaushalt stark verändert und auf das schwerste geschädigt werden oder von Interessenten Anträge auf Genehmigung von Eingriffen in Schutzgebiete gestellt werden, deren Durchführung einmalige Besonderheiten der Natur des Landes in ihrem Bestand

gefährden oder gar zerstören würde. Laufende Kontrollen der Schutzgebiete können aus Mangel an Mitteln und Fachpersonal nicht durchgeführt werden. Neben den Naturschutzgebieten stehen über 900 Gebiete unter Landschaftsschutz, um besonders bemerkenswerte und für die Erholung bedeutsame Bereiche in ihrem Landschaftsbild, ihrem Wert für Erholung und Naturhaushalt zu erhalten. Damit sind aber längst nicht alle gleichermaßen schutzwürdigen Gebiete erfaßt.

8. Nach Art. 141 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Bayern genießen die Denkmäler der Natur sowie die Landschaft öffentlichen Schutz und die Pflege des Staates, der Gemeinden und der Körperschaften des öffentlichen Rechts. Trotzdem war es bisher nicht möglich, für zahlreiche wertvolle Gebiete eine rechtswirksame Unterschutzstellung zu erreichen.

9. Eine naturwissenschaftliche Bestandsaufnahme zur Erfassung aller noch schutzwürdigen Bereiche, wie sie in anderen Bundesländern in Angriff genommen wurde, würde im landschaftlich vielfältigen und von seiner Naturausstattung bevorzugten Freistaat Bayern eine allen interessierten Behörden und Fachstellen zur Verfügung stehende Kartenunterlage und damit gleichzeitig eine wichtige Grundlage zur Erhaltung der wertvollen Landschaftsteile liefern. Damit könnte verhindert werden, daß eine große Anzahl dieser Gebiete aus Unkenntnis ihres Wertes für Wissenschaft und Erholung zerstört würde.

10. Naturschutzgebiete bestehen größtenteils aus Ödland oder sonstigen wirtschaftlich geringwertigen Flächen mit einem meist geringen Verkehrswert. Trotzdem sind viele Grundeigentümer aus verständlichen Gründen nicht bereit, einer Unterschutzstellung zuzustimmen, sofern sie für das damit verbundene Verbandsverbot keine Entschädigung erhalten. Ein wirksamer Schutz läßt sich in vielen Fällen nur durch Ankauf oder Anpachtung der wertvollen Flächen erreichen. Hierfür stehen jedoch kaum Mittel zur Verfügung. Daneben wären für einige Gebiete verhältnismäßig geringe Mittel zur Durchführung von Pflegemaßnahmen zur Erhaltung der geschützten Besonderheiten erforderlich.

IV. Die sich ergebenden Forderungen:

Diese Zustände in Naturschutz und Landschaftspflege und die ständig wachsenden Ansprüche der Gesellschaft an das natürliche Potential der Landschaft geben zu größter Sorge um den Bestand der Naturschönheiten Bayerns und seiner bevorzugten Naturausstattung Anlaß. Für eine wirkungsvolle Arbeit in Naturschutz und Landschaftspflege sind daher notwendig:

1. Grundsätzliche und rechtzeitige Beteiligung der Fachstellen für Naturschutz und Landschaftspflege bei allen, die freie Landschaft verändernden Planungen oder Maßnahmen, umgehend stärkere Berücksichtigung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege bei der Landesplanung, größere Rücksichtnahme auf den immer geringer werdenden Rest an freier Landschaft bei Bauten, Verkehrsanlagen, Energieleitungen, Bodenentnahmen u. a. durch sorgfältigere Standortwahl, konzentriertere Bebauung sowie gleichzeitige Verpflichtung zur Durchführung landschaftspflegerischer Maßnahmen, generelle Verhinderung zur Errichtung einzelstehender Wochenendhäuser, strenge Maßnahmen gegen die Verschmutzung der Landschaft, verstärkte Bemühungen um Reinhaltung der Gewässer usw.
2. Verstärkte Bemühungen der zuständigen Stellen zur Einhaltung der Verpflichtung aus Art. 141 Abs. 3 der Verfassung des Freistaates Bayern, Förderung von Planungen und Maßnahmen, die dem Ausbau von Erholungsgebieten dienen, Erhaltung der landschaftlichen Schönheiten des Landes sowie Erhaltung großräumiger, ruhiger Bereiche in landschaftlich reizvollen Gebieten für Zwecke der Erholung und Entspannung. Hierzu erscheint ein Ausführungsgesetz Art. 141 BV unerläßlich.
3. Keine Kultivierungen und Meliorationen ohne Rücksicht auf den Nutzeffekt, keine Kultivierung von Mooren, Genehmigungspflicht auch für Einzelentwässerungen, Erhaltung ertragsloser (sog. Ödland) und ertragsarmer Flächen als Refugien für freilebende Tier- und Pflanzenwelt sowie als Regenerationszellen in der Landschaft, Erhaltung natürlicher und naturnaher Fließgewässer sowie keine Gewährung von Subventionen zu Entwässerungen, Aufforstungen und anderen Maßnahmen in der freien Landschaft, die aus der Sicht von Naturschutz, Landschaftspflege und Wirtschaftlichkeit nicht befürwortet werden können.

4. Bestellung weiterer Fachkräfte für Naturschutz und Landschaftspflege bei Bedarf in allen bayerischen Regierungsbezirken und auch auf Kreisebene sowie Verbesserung der Ausstattung der Fachstellen.

5. Umwandlung der Landesstelle für Naturschutz in ein Landesamt für Naturschutz und Landschaftspflege mit dringend notwendiger sachlicher und personeller Ausweitung zur Wahrnehmung der Belange und zur Koordinierung von Maßnahmen für Naturschutz und Landschaftspflege auf Landesebene sowie Einrichtung eines Institutes für Grundlagenforschung in Naturschutz und Landschaftspflege und Angliederung an das Landesamt. Dem Landesamt ist ein wissenschaftlicher Beirat anzugliedern, in dem die in Naturschutz und Landschaftspflege tätigen Hochschul- und Universitätsinstitute Bayerns vertreten sind.

6. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Durchführung landschaftspflegerischer Maßnahmen.

7. Zurückweisung von Anträgen auf Eingriffe in die Naturreservate und sonstige schutzwürdige Bereiche des Landes, Durchsetzung von Maßnahmen zum Ausgleich von Schäden bereits erfolgter Eingriffe in Schutzgebiete sowie Bereitstellung von Mitteln für wirksamere Kontrollen oder Überwachung von Schutzgebieten.

8. Unverzügliche rechtswirksame Unterschutzstellung längst beantragter Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie Unterstützung der Bemühungen des Naturschutzes um weitere Schutzgebiete durch die zuständigen und beteiligten Behörden. Jahrzehntelang laufende Inschutznahmeverfahren waren keine Seltenheit.

9. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln zur Bestandsaufnahme der heimatlichen Landschaft mit dem Ziel der Erfassung der noch vorhandenen, erhaltungswürdigen Landschaftsteile sowie Unterstützung der Bemühungen um den Schutz wertvoller Gebiete.

10. Bereitstellung von ausreichenden Mitteln für Ankauf oder Anpachtung von wertvollen geschützten oder schutzwürdigen Landschaften sowie Bereitstellung von Mitteln zur Durchführung von Pflegemaßnahmen in Schutzgebieten.

Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Erhaltung von Bereichen in der Landschaft für Wissenschaft, Forschung und Lehre und die Sicherung von großzügigen Erholungsgebieten im landschaftlich hierfür besonders bevorzugten Freistaat Bayern ist



unbedingt erforderlich, denn von der Industrie allein zu leben ist nicht möglich. In allen Wirtschafts- und Industriezweigen werden Investitionen zur Steigerung oder Erhaltung der Produktivität vorgenommen, *in der Landschaft wurde das bisher nicht für nötig gehalten!* Allein durch die Auswirkungen von Erholung und Entspannung der arbeitenden Menschen in hierfür durch die Bemühungen von Naturschutz und Landschaftspflege freigehaltenen Bereichen, durch Auswertung der Erkenntnisse der Wissenschaft, Forschung und Lehre in Naturschutzgebieten, durch die vielfältigen Auswirkungen landschaftspflegerischer Maßnahmen, durch Wegfall von durch Naturschutz und Landschaftspflege nicht zu befürwortenden Kultivierungen und Meliorationen ohne Nutzeffekt u. a. werden an vielen Stellen ganz erhebliche Mittel eingespart, von denen ein Teil ausreichen würde, um die dringendsten Investitionen in der Landschaft vornehmen zu können. *Nach unserem Dafürhalten wären jährlich zunächst rd. 20 Mill. DM erforderlich.*

Die gesetzlichen Grundlagen zur Erfüllung der genannten Aufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege sind weitgehend gegeben, die finanziellen Mittel jedoch fehlen bisher. Es wäre bedauerlich zugeben zu müssen, daß in einer der wirtschaftlich größten Industrienationen der Welt infolge fehlender Mittel eine wirkungsvolle Arbeit in Naturschutz und Landschaftspflege und eine Erhaltung der natürlichen Reichtümer im landschaftlich international berühmten Freistaat Bayern nicht möglich ist.

Aus der begründeten Sorge um die Erhaltung der hervorragenden Landschaften Bayerns werden die Bayerische Staatsregierung und die Volksvertreter des Landes gebeten, umgehend ausreichende Mittel zur Erfüllung der anstehenden Aufgaben von Naturschutz und Landschaftspflege bereitzustellen.

Das bevorstehende *Europäische Naturschutzjahr 1970* sollte für alle Verantwortlichen Anlaß und Verpflichtung sein, die obigen Forderungen der bayerischen Regierungsbeauftragten für Naturschutz und Landschaftspflege raschmöglichst zu verwirklichen.

gez. Dr. E. Rudolph, Botaniker, München, H. Weinzierl, Dipl.-Forstwirt, Landshut, H. J. Siede, Dipl.-Gärtner, Regensburg, D. Reichel, Dipl.-Gärtner, Bayreuth, E. Weinmann, Biologe, Ansbach, Dr. L. Schua, Biologe, Würzburg, E. Günther, Dipl.-Gärtner, Augsburg.

Diesem Grünen Programm für Bayern hat der Bund Naturschutz in Bayern *konkrete Vorschläge zum Erholungsprogramm der Staatsregierung und für das Europäische Naturschutzjahr 1970* angefügt, die zum Teil erfreulicherweise auch sofort verwirklicht wurden:

1. *Nationalpark Bayerischer Wald*

Der zweifellos konstruktivste Beitrag zum Europäischen Naturschutzjahr 1970 in der Bundesrepublik ist die Schaffung des ersten Deutschen Nationalparks im Bayerischen Wald. Dieser international bedeutungsvolle Entschluß des Bayerischen Parlamentes wird im Rahmen einer würdigen offiziellen *Proklamation* im Jahre 1970 nochmals hervorgehoben werden.

2. *Nationalpark Königssee-Watzmann*

Die alten Pläne, neben dem Nationalpark im Bayerischen Wald auch einen Alpen-Nationalpark einzurichten, könnten 1970 ihren Startschuß erhalten. Damit würde der Tourismus im Berchtesgadener Land Auftrieb bekommen und es könnte gleichzeitig der Bergbahnen-Streit beigelegt werden. Unsererseits sind hierüber höchst positive Vorverhandlungen mit den einschlägigen Verbänden und auch mit österreichischen Stellen geführt worden. Ein *bilateraler Alpen-Nationalpark* wäre begreiflicherweise besonders attraktiv.

3. *Abschluß von Inschutznahmeverfahren im Jahre 1970*

Ebenfalls sollte der (ohne jeden Kostenaufwand mögliche) Abschluß einer Reihe von z. T. uralten Verfahren über die Errichtung von wertvollen Naturschutzgebieten im Jahre 1970 erfolgen. Dies wäre eine Dokumentation des guten Willens! Die Verkündung dieser Naturschutzgebiete (beispielsweise die berühmten Vogelfreistätten im Unteren Inn in der Nähe des Kurortes Füssing, mehrere Gebiete im Alpenraum und an der Tiroler Ache, die Hochschachten und Filze/Moore im Bayerischen Wald usw.) paßt genau in das Erholungsprogramm der Staatsregierung. Die Bevölkerung hat nämlich längst erkannt, welches Kapital an Erholungswerten in vielen bayerischen Landschaften steckt. In diesem Zusammenhang sollte auch die bessere Ausstattung und die Erschließung der bestehenden und neuzugründenden *Landschaftsschutzgebiete* (und *Naturparke*) für die erholungsuchende Bevölkerung untersucht werden.

4. *Ankauf von Naturschutz- und Erholungsgebieten*

Der Bund Naturschutz in Bayern e. V. kauft seit Jahrzehnten schutzwürdige Gebiete auf, um sie der Allgemeinheit zu erhalten; allein 1970 ca. 400 000 qm. Neben staatlichen Eigenmitteln und Spenden seiner Mitglieder erhält der Bund Naturschutz für diese Ankaufstätigkeit einen jährlichen Staatszuschuß von DM 50 000,—. Im Augenblick sind dem Bund Naturschutz aber einmalige Objekte im Wert von über fünf Millionen Mark angeboten, die es zugunsten der Allgemeinheit zu retten gilt vor Spekulanten und Geschäftemachern. Der Bund Naturschutz will die Bayerische Staatsregierung mit den ihm verfügbaren Mitteln unterstützen, den Ausverkauf der bayerischen Erholungslandschaft zu verhindern. Er bittet dringend, daß ihm hierfür die *Zuschußmittel künftig auf wenigstens DM 500 000,— im Jahr aufgestockt werden.*

5. *Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege*

Der Bund Naturschutz in Bayern will im Jahre 1970 den Ausbau seiner überregionalen »Akademie für Naturschutz« in Angriff nehmen. Auch der Deutsche Naturschutzring erstrebt diese für die dringend notwendige Fortbildung in Umweltfragen erstmalige Lehrstätte im Bundesgebiet.

Das *1,2 Millionen-Projekt* überschreitet die finanziellen Möglichkeiten einer privaten Naturschutzorganisation. Wir bitten daher die Bayerische Staatsregierung dringend, sowohl im Hinblick auf die bedrohliche Situation im Naturschutz und bei der Erhaltung der natürlichen Hilfsquellen, als auch im *Rahmen ihrer Kulturpolitik* um finanzielle Förderung dieses im Jahre 1970 größten Naturschutzprojektes in Bayern. Das Europäische Naturschutzjahr soll in dieser Akademie für Naturschutz seinen sichtbarsten Erfolg zeitigen!

Das Projekt »Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege« erschließt weiterhin die Möglichkeit, ein 800 Meter langes Seeufer am Ammersee der Öffentlichkeit (Lehrpfade usw.) zugänglich zu machen; *das Bayerische Kabinett hat zu Beginn des Europäischen Naturschutzjahres 1970 diese Akademie im Grundsatz bereits beschlossen!*

6. *Parlamentarische Arbeitskreise für Umweltfragen und Naturschutz*

Mehrere Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Landtage haben dem Deutschen Naturschutzring die Gründung von *Arbeitskreisen* in Aussicht gestellt, die sich sofort mit den immer brennender werdenden Problemen der Gesunderhaltung unserer Umwelt, den natürlichen Hilfsquellen und den Naturschutzbelangen befassen sollen. Es wird im Hinblick auf das Europäische Naturschutzjahr dringend empfohlen, diese Arbeitskreise baldmöglichst zu konstituieren. Erste Erfolge zeichnen sich in Bayern ab, wo zwei neue Naturschutzgesetze im Landtag eingebracht wurden, darunter der Entwurf des Bundes Naturschutz in Bayern E. V. über ein »Gesetz für Naturschutz, Landschaftspflege und Umweltvorsorge«.